

Bonner Schriften zum deutschen und europäischen Recht der Arbeit und der Sozialen Sicherheit

Herausgegeben von Gregor Thüsing und Raimund Waltermann

Wolfgang Schorn

Die Unklarheitenregel des § 305c Abs. 2 BGB – insbesondere im Arbeitsrecht

Band 10

PETER LANG

Internationaler Verlag der Wissenschaften

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	19
A) Einführung und Anlass der Untersuchung	19
B) Rechtliche Grundprobleme und Gang der Untersuchung	23
Teil 1: Die Unklarheitenregel im allgemeinen Zivilrecht	27
A) Historische Entwicklung der Unklarheitenregel und Entstehungsschichte	27
B) Sinn und Zweck der Regelung	30
C) Standort im Gesamtkontext des AGB-Rechts – ein kurzer Überblick	32
I. Die Unklarheitenregel als Auslegungsregel und ihr Verhältnis zur Inhaltskontrolle	32
II. Die Unklarheitenregel als Ausprägung des Transparenzgebots	33
D) Tatbestand des § 305 c Abs. 2 : Zweifel bei der Auslegung gehen zu Lasten des Verwenders	35
I. Anwendungsbereich der Unklarheitenregel	35
1. „Sachlicher“ Anwendungsbereich	35
a) Anwendbarkeit bei begünstigenden Klauseln	36
b) Erweiterte Anwendbarkeit beim Verbrauchervertrag	37
c) Anwendbarkeit bei Vertragsbedingungen, die keine AGB darstellen	38
2. „Personeller“ Anwendungsbereich	38
a) Überblick	38
b) Einzelheiten zum Verwenderbegriff – insbesondere mit Blick auf die Anforderungen an das „Stellen“ der Vertragsbedingungen	39
3. Problemkonstellationen	42
a) Zweifel über den Vertragspartner bzw. die Verwendereigenschaft	42
b) Anwendbarkeit bei beidseitigem Einbeziehungsvorschlag	44
c) Anwendbarkeit bei Vertragsbedingungen, die behördlich empfohlen sind, durch Interessenverbände oder unabhängige Dritte erstellt wurden	45

d) Anwendbarkeit bei „sich kreuzenden“ AGB unterschiedlicher Verwender	46
e) Anwendbarkeit der Unklarheitenregel im Verbandsprozess	46
f) Anwendbarkeit der Unklarheitenregel bei deklaratorischen Verweisungen	48
aa) Wortgleiche Übernahme des Gesetzestextes	49
bb) Sinngemäße Wiedergabe des Gesetzestextes mit eigenen Worten	52
cc) Wiederholung eines nicht einschlägigen Gesetzestextes....	52
II. Zweifel bei der Auslegung Allgemeiner Geschäftsbedingungen – Auslegungsdogmatik	52
1. Auslegungsdogmatik bei Gesetzen und Verträgen	53
2. Auslegungsdogmatik bei AGB	55
a) Einheitlich objektive (AGB-spezifische) Auslegung oder Geltung der allgemeinen Regeln der §§ 133, 157?	56
aa) Traditionelle Ansicht der Rechtsprechung: Grundsatz der einheitlich objektiven Auslegung	56
bb) Im Vordringen befindliche Auffassung im Schrifttum: Geltung der allgemeinen Regeln der §§ 133, 157	58
cc) Neuere Tendenzen in der arbeitsgerichtlichen Rechtsprechung	60
dd) Bewertung	60
(1) Vereinbarkeit der Gegenmeinung mit dem Bedürfnis nach einheitlichen Auslegungsergebnissen	61
(2) Bewertung in dogmatischer Hinsicht	62
(3) Einfluss der Unklarheitenregel	65
(4) Fazit	66
b) Wann liegen Zweifel vor?	66
aa) Bestandsaufnahme	66
bb) Fazit	69
cc) Berücksichtigungsfähigkeit und Rangverhältnis der Auslegungsmittel	70
(1) Stand der Forschung	70
(a) Verbreitete Ansicht: „Reduzierung auf ohne weiteres erkennbare Auslegungsmethoden“	72
(b) Weitergehender Ansatz: „Alleinige Maßgeblichkeit des Wortlautes“	73
(2) Stellungnahme und eigener Ansatz	74
(a) Vorrangstellung des Wortlauts als Folge der objektiven Auslegungsdogmatik	75

(b) Einfluss der Richtlinie 93/13/EWG	76
(c) Einfluss der Unklarheitenregel	77
(d) Einfluss des Transparenzgebots	80
(e) Fazit	82
(f) Ein Versuch der Strukturierung: Bildung von Fallgruppen	83
(g) Methodisches Vorgehen bei der Feststellung von Zweifeln	87
c) Zulässigkeit sonstiger ungeschriebener Auslegungsregeln neben der Unklarheitenregel	87
aa) Auswirkungen des Transparenzgebots und der Unklarhei- tenregel auf die Zulässigkeit sonstiger ungeschriebener Auslegungsregeln	88
bb) Zulässigkeit im Einzelnen	89
(1) Geltungserhaltende Auslegung infolge zu vermuten- der Redlichkeit des Verwenders	89
(2) Geltung eines Restriktionsprinzips	90
(3) Individualvertragskonforme Auslegung	94
(4) Grundsatz der kundenfeindlichsten Auslegung – Prin- zip der Ergebnisorientierten Auslegung zu Lasten des Kunden – „geltungshindernde Auslegung“	97
(5) Fazit	99
d) Verhältnis zur ergänzenden Vertragsauslegung	99
aa) Herrschende Meinung	99
bb) Gegenansicht	100
cc) Ansicht: Vorrang der ergänzenden Vertragsauslegung	100
dd) Ansicht: Vorrang der Unklarheitenregel	101
ee) Arbeitsgerichtliche Rechtsprechung	101
ff) Ansicht <i>Singer/Hake</i>	102
gg) Ansicht <i>Basedow</i>	102
hh) Stellungnahme und eigene Ansicht	103
(1) Vereinbarkeit der allgemeinen Gesetzessystematik des AGB-Rechts	103
(2) Einfluss der Unklarheitenregel	104
(3) Eigene Auffassung	106
e) Anwendbarkeit der Unklarheitenregel bei der ergänzenden Vertragsauslegung selbst	106
3. Auslegungsdogmatik von AGB im Verkehr zwischen Unterneh- mern i.S.v. § 14	107
4. Auslegungsdogmatik in Verbraucherverträgen	107

a) Grundsatz	107
b) Einmalbedingungen	108
5. Auslegungsdogmatik von AGB im Verbandsprozess	108
6. Ergebnis	108
III. Rechtsfolgen	110
1. Rechtsfolgen im Individualprozess	110
a) Wertungsmaßstab	111
aa) Abstrakt oder konkret?	111
bb) Objektiv oder subjektiv? – Möglichkeit eines Wahlrechts?	114
cc) Bindung an eine einmal getroffene Wahl	116
dd) Günstigkeitsneutrale Regelungen – Günstigkeit lässt sich nicht anhand objektiver Kriterien feststellen	118
b) Methodik der Ermittlung der kundengünstigsten Deutungsalternative	119
aa) Frühere Position der Rechtsprechung	119
bb) Aktuelle Position der Rechtsprechung	120
cc) Meinungsbild in der Literatur	121
dd) Stellungnahme	122
2. Rechtsfolgen im Verbandsprozess	127
a) Wertungsmaßstab	127
b) Methodik der Ermittlung der kundengünstigsten Deutungsalternative	127
3. Rechtsfolgen im Prozess zwischen Verbraucher und Unternehmer	128
4. Unwirksamkeit als Rechtsfolge?	128
5. Ergebnis	131
E) Abgrenzung von sonstigen Vorschriften, die Unklarheiten sanktionieren	132
I. Verhältnis zur Einbeziehungskontrolle	132
II. Verhältnis zu § 305 c Abs. 1	138
III. Verhältnis zu § 307 Abs. 1 S. 2	140
1. Bestimmung der Schnittmenge beider Regelungen	141
a) Sinn und Zweck der Transparenzkontrolle	141
b) Tatbestandsvoraussetzungen der Transparenzkontrolle, § 307 Abs. 1 S. 2	142
aa) Intransparenz als unangemessene Benachteiligung – Verhältnis von Intransparenz und Angemessenheitskontrolle.. ..	142
(1) „Intransparenz reicht nur, wenn es sich um belastende Regelungen handelt“	142
(2) „Verzicht auf eine benachteiligende Wirkung“	145
(3) „Intransparenz reicht immer“	146

(4) Differenzierende Ansicht	147
(5) Anmerkung	147
bb) Anforderungen an die Transparenz	150
cc) Fazit	150
2. Bestimmung des Verhältnisses	151
a) Aussagen in den Gesetzesmaterialien	151
b) Analyse der bisherigen Rechtsprechung	153
aa) Unklare Darstellung der Rechte des Kunden im Verbandsprozess	155
bb) Unklare Darstellung der Rechte des Kunden im Individualprozess	157
cc) Unklarheiten hinsichtlich des Preis-Leistungs-Verhältnisses	159
dd) Fazit	160
c) Denkbare Möglichkeiten zur Bestimmung des Verhältnisses:	161
aa) Meistbegünstigung	161
bb) Kumulative Anwendung – Vorrang der Transparenzkontrolle	163
cc) Vorrang der Unklarheitenregel - § 305 c Abs. 2 als lex specialis zu § 307 Abs. 1 S. 2	165
dd) Alternative Anwendung beider Normen:	167
(1) Abgrenzung nach Intransparenz von Kern- und Randbereich	167
(2) Abgrenzung nach essentialia negotii und Nebenabreden	168
ee) Fazit und eigener Ansatz: Differenzierung nach Individual- und Verbandsprozess	169
IV. Ergebnis	170
F) Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse	171
G) Gesamtbewertung	175
Teil 2: Die Bedeutung der Unklarheitenregel bei der Auslegung arbeitsvertraglicher Bezugnahmeklauseln	177
A) AGB-Kontrolle und Unklarheitenregel im Arbeitsrecht	177
I. Rechtspraxis vor der Schuldrechtsreform	177
II. Rechtslage nach der Schuldrechtsreform	179
1. Erstreckung des AGB-Rechts auf Arbeitsverträge	179
2. Auswirkungen der Erstreckung für die Unklarheitenregel	183
3. Auswirkungen des § 310 Abs. 4 S. 2: Angemessene Berücksichtigung der Besonderheiten des Arbeitsrechts	185

a) Besonderheiten die sich nicht allein auf das Arbeitsrecht beschränken	188
b) Tatsächliche Umstände als arbeitsrechtliche Besonderheiten im Sinne des § 310 Abs. 4 S. 2	188
c) Richterrechtliche Grundsätze und Regeln	189
B) Bedeutung der Unklarheitenregel bei der Auslegung von Bezugnahmeklauseln	191
I. Die Bezugnahme auf Tarifverträge	193
1. Arten von Bezugnahmeklauseln	193
2. Mögliche Zweifel bei der Auslegung von Bezugnahmeklauseln/möglicher Anwendungsbereich für die Unklarheitenregel	196
3. Auslegung von Bezugnahmeklauseln	197
4. AGB-Kontrolle und Zulässigkeit von Bezugnahmeklauseln trotz § 307 Abs. 1 S. 2	197
5. Schutz vor überraschenden Verweisungen	199
II. Anwendbarkeit der Unklarheitenregel bei der Auslegung von Bezugnahmeklauseln auf Tarifverträge	200
1. Möglichkeiten der Feststellung der arbeitnehmergünstigeren Auslegungsvariante	201
a) Vergleichbarkeit von Tarifverträgen/Tarifwerken	202
aa) Rechtsprechungsanalyse	202
(1) Entscheidung des 6. Senats vom 24.9.2008 – 6 AZR 76/06	202
(2) Bewertung und Schlussfolgerungen	203
(3) Sonstige Urteile	206
(4) Fazit	207
bb) Analyse des rechtswissenschaftlichen Schrifttums	207
(1) Aussagen im Schrifttum	207
(2) Zwischenfazit	210
cc) Übertragbarkeit der Wertungen des Günstigkeitsvergleichs	210
(1) Stand der Forschung	210
(2) Fazit	212
dd) Zusammenfassung der Erkenntnisse	213
ee) Sonstige denkbare objektive Kriterien	213
ff) Arbeitsrechtliche Besonderheit oder Wahlrecht des Arbeitnehmers?	215
(1) Vereinbarkeit eines Wahlrechts mit der Systematik des allgemeinen Zivil-, Prozess-, und AGB-Rechts....	216

(2) Vereinbarkeit mit spezifisch arbeitsrechtlichen Besonderheiten	217
(a) Kein Verstoß gegen das Prinzip der Tarifeinheit ...	217
(b) Arbeitsrechtlicher Gleichbehandlungsgrundsatz	219
(c) Arbeitnehmerschutz im Sinne des Günstigkeitsprinzips	220
(d) Vereinbarkeit mit Art. 9 Abs. 3 GG – Verstoß gegen positive Koalitionsfreiheit?	221
(e) Argument des „Rosinenpickens“ – Besserstellung der Gewerkschaftsmitglieder	223
(aa) „Rosinenpicken“ als Resultat des Wahlrechts?	224
(bb) Vereinbarkeit des Ergebnisses mit den Wertungen des allgemeinen Vertragsrechts, der Unklarheitenregel und denjenigen des Tarifrechts	225
(cc) Vermeidbarkeit	226
(f) Fazit	226
gg) Ergebnis	227
b) Feststellbarkeit der Günstigkeit bei Zweifeln über die Tragweite der Bezugnahme in zeitlicher Hinsicht (statisch-dynamisch) – Problem der Vergleichbarkeit bei ungewisser zukünftiger Entwicklung	227
aa) Rechtsprechungsanalyse	228
(1) Urteile vor der Schuldrechtsreform	228
(2) Neuere Rechtsprechung	229
(3) Urteil vom 24.9.2008 – 6 AZR 76/07	230
(4) Fazit	230
bb) Schrifttum	231
cc) Stellungnahme	234
c) Günstigkeitsurteil bei Zweifeln über die Tragweite der Bezugnahme in zeitlich-fachlicher Hinsicht ((klein dynamisch-groß dynamisch (Tarifwechselklausel))	236
d) Günstigkeitsurteil bei Zweifeln über die Tragweite in fachlicher oder zeitlicher Hinsicht – Sonderfall Gleichstellungsabrede	236
e) Günstigkeitsurteil bei Unklarheiten darüber, ob eine deklaratorische oder eine konstitutive Wirkung vereinbart wurde	237
f) Günstigkeitsurteil bei sonstigen Zweifeln hinsichtlich der sachlichen Reichweite (Global-, Teil- oder Einzelverweisung)	237

g) Günstigkeitsurteil bei Zweifeln darüber, ob überhaupt auf einen Tarifvertrag verwiesen wurde	238
2. Ergebnis	238
III. Mögliche Anwendungsfälle der Unklarheitenregel bei der Auslegung der Verweisklausel – Vorliegen von Auslegungszweifeln im Sinne von § 305 c Abs. 2?	239
1. Zweifel über den Zweck der Bezugnahme – Stichwort „Gleichstellungsabrede“	239
a) Ständige Rechtsprechung bis 2005	239
b) Kritik in der Literatur	240
c) Urteil 14.12.2005 – 4 AZR 536/04	241
d) Vollzug der Rechtsprechungsänderung	242
e) Reaktionen im Schrifttum	243
f) Bewertung	244
aa) Vereinbarkeit mit Art. 9 Abs. 3 GG („negative Koalitionsfreiheit“)	244
bb) Europarechtliche Bezüge („Werhof“)	245
cc) Vertrauensschutz	247
dd) Sonstige Besonderheiten des Arbeitsrechts	248
ee) Bewertung in dogmatischer Hinsicht	249
g) Ausblick – Konsequenzen – offene Fragen	250
h) Fazit	252
2. Verweis auf Tarifverträge, die Differenzierungsklauseln enthalten	252
3. Anwendbarkeit eines Firmentarifvertrages bei kleinem dynamischen Verweis auf Branchentarifverträge – Sonderproblem Sanierungstarifvertrag	254
a) Analyse der bisherigen Rechtsprechung	255
aa) Urteil vom 23.3.2005 – 4 AZR 203/04	255
bb) Entscheidung vom 14.12.2005 – 10 AZR 296/05	256
cc) Entscheidung vom 23.1.2007 – 4 AZR 602/06	257
dd) Entscheidung vom 24.9.2008 – 6 AZR 76/07	258
ee) Entscheidung vom 22.4.2009 – 4 AZR 100/08	260
ff) Instanzgerichtliche Rechtsprechung	261
gg) Fazit	261
b) Schrifttum	262
c) Stellungnahme	264
d) Fazit	267
4. Anwendbarkeit von Branchentarifverträgen beim kleinen dynamischen Verweis auf Firmentarifverträge	267
5. Wechsel von BAT zu TVöD	268

a) Erweiterte kleine dynamische Bezugnahmeklausel – „Tarif- sukzessionsklausel“	268
b) Einfache kleine dynamische Bezugnahmeklausel	269
aa) Bestandsaufnahme	269
(1) Meinungsspektrum im Schrifttum	269
(2) Rechtsprechung	271
bb) Stellungnahme	273
cc) Fazit	275
6. Verweis auf Tarifpluralität	276
a) Rechtsprechungsüberblick	276
aa) Rechtsprechung des BAG	277
bb) Überblick zur bisher ergangenen instanzgerichtlichen Rechtsprechung	277
cc) Zwischenfazit	279
b) Lösungsansätze im Schrifttum	279
c) Stellungnahme	281
d) Allgemeiner Lösungsansatz – Eigene Auffassung	284
aa) Kleine dynamische Bezugnahmeklausel	284
bb) Große dynamische Bezugnahmeklausel	285
7. Anwendbarkeit der Unklarheitenregel beim Verweis auf einen Tarifvertrag, der später wegfällt	286
8. Bedeutung der Unklarheitenregel bei Bezugnahmen kraft betrieb- licher Übung	287
9. Zweifel über die Reichweite in zeitlicher Hinsicht – statische oder dynamische Geltung?	291
10. Ergebnis	293
IV. Unklarheiten im Bezugsobjekt	295
1. Allgemeiner Problemaufriss – Anwendbarkeit der Unklarheiten- regel	295
a) Meinungsbild	296
aa) Geltung der Auslegungsdogmatik für Tarifverträge – Unanwendbarkeit der Unklarheitenregel	296
bb) Geltung der AGB-Rechtlichen Auslegungsdogmatik – Anwendbarkeit der Unklarheitenregel	299
cc) Differenzierende Ansicht	299
b) Stellungnahme	300
2. Sonderfall: Unklare Weiterverweisung im Bezugnahmeobjekt	303
3. Fazit	303
V. Die Unklarheitenregel beim Verweis auf sonstige Regelwerke	304
1. Betriebsvereinbarung	304

2. Allgemeine Arbeitsbedingungen.....	306
VI. Fazit und Gesamtbewertung	306
VII. „Unklarheitenregelfeste“ Formulierungsvorschläge	308
Zusammenfassung der Ergebnisse in Thesen	313
Literaturverzeichnis	321